

13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.09.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

Fragen, Wünsche und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern liegen nicht vor.

**Gegenstand: Verlängerung der Freisitzsaison für die Speyerer Gastronomie;
Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 01.09.2020
[Vorlage: 0420/2020](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Begründung erfolgt durch Herrn Oehlmann. Da viele Betriebe nur kleine Flächen im Innenraum hätten, bedarf es smarterer Lösungen, um die Gastronomie über den Winter zu bringen. Dazu gehört auch eine befristete Aufhebung des Heizpilzverbotes und eine Zulassung der Freisitze ganzjährig bis zur nächsten Saison. Er erinnert auch an die vielen Arbeitsplätze, die es in der Gastronomie zu erhalten gilt, sowie die steuerlichen Auswirkungen eines möglichen Betriebesterbens.

In der Stellungnahme der Verwaltung führt die Vorsitzende aus, dass man dazu bereit sei, die Freisitze bis zum Beginn der Freiluftsaison 2021 stehen zu lassen und bis dahin auf Gebühren zu verzichten. Hinsichtlich der Heizpilze plädiert sie dafür, eine Entscheidung bis Oktober zu vertagen, um Absprachen mit der Gastronomie führen zu können, auch im Hinblick auf eventuelle Alternativen oder Überdachungen/Zelte. Köln beispielsweise setzt elektrische Heizkissen ein. In anderen Städten sind Infrarotstrahler im Einsatz.

Aus Sicht von Herrn Ableiter sind Überdachungen das eine, geschlossene Zelte wegen der Aerosole aber das andere. Bezüglich der Heizpilze stellt er fest, das Geld sei ohnehin knapp, weshalb man für einen Winter eine Ausnahme machen könnte. Die BGS würde den Antrag insgesamt unterstützen.

Herr Rumpf erläutert als Betroffener in der Gastronomie, dass viele Betriebe nur noch durch Unterstützung am Leben seien. Wenn nun der Winter kommt, geht es an die Existenz. Deshalb hält auch er ein Plädoyer für Heizpilze in dieser Saison. Vielleicht könnten die Ratsmitglieder zur CO₂-Kompensation mehr mit dem Fahrrad fahren und nicht mit dem Auto. Er sieht keine Möglichkeit großer Wartezeiten mehr.

Herr Kabs vertritt seitens der CDU eine ähnliche Sicht und spricht sich für pragmatisches Handeln aus.

Frau Dr. Mang-Schäfer unterstützt für die SWG den Vorschlag der Verwaltung zur Verlängerung der Saison, verbunden mit einem Appell an die Gastronomen zur Einsicht beim Heizen. Sie würde die Entscheidung dieses Jahr den Wirten überlassen wollen.

Herr Popescu hingegen spricht sich zwar für die Freisitzverlängerung und den Gebührenverzicht aus, aber gegen die Heizpilze. Immerhin gab es in der Vergangenheit im Winter auch schon andere Freiluftveranstaltungen ohne Heizung. Erst den Klimanotstand ausrufen und dann die Fußgängerzone beheizen wollen, verträgt sich aus Sicht der Linken nicht. Auch Decken auf den Sitzplätzen würden wärmen.

Frau Heller schließt sich den Argumenten des Vorredners an. Die Grünen wenden sich aufgrund der Klimakrise weiterhin gegen ein Aufstellen von Heizpilzen. Sie schließt sich ansonsten dem Vorschlag der Verwaltung an.

Herr Lehr fordert die Zulassung zusätzlicher Freisitzflächen. Dies hat bereits stattgefunden, ist laut Vorsitzender wegen privater Bereiche z.T. aber nicht möglich

Herr Feinler spricht von einer Sondersituation, in der man für eine Übergangszeit auch die Heizpilze zulassen sollte. Trotzdem spricht sich die SPD für eine Prüfung von Alternativen aus. Saarbrücken beispielsweise hat mehrheitlich alle Maßnahmen abgelehnt.

Herr Haupt wendet sich an Frau Heller und fragt danach, welche Krise sie meine. Alle bisherigen Messungen seien laut Anfrage der AfD im Bund offensichtlich für die Tonne. Man solle keine ideologischen Spielchen zu Lasten der örtlichen Gastronomie treiben.

Die Vorsitzende formuliert im Beschlussfassungsvorschlag den Verzicht auf Gebühren, während das Verbot von Heizpilzen kurzfristig ausgesetzt wird. Parallel sollen Alternativen mit den Betrieben gesucht werden, auch für langfristige Lösungen. Geprüft werden soll auch die Zulassung von Zelten.

Dabei geht es laut Herrn Oehlmann nicht darum, eine Zeltstadt aufzubauen; verschiedene Betriebe würden das ohnehin nicht brauchen. Ziel ist es, Planungssicherheit für Gastronomen in dieser Ausnahmesituation herzustellen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: Heller – B90/Grüne und 2 Enthaltungen: Linke):

Zur Unterstützung der örtlichen Gastronomie stimmt der Rat dem Vorschlag der Verwaltung zu.

Bestehende Freisitze dürfen, bei gleichzeitigem Verzicht auf Gebühren, bis zum Beginn der nächsten Freisitzsaison geöffnet bleiben. Das Verbot von Heizpilzen nach der Sondernutzungssatzung wird kurzzeitig ausgesetzt. Parallel wird die Verwaltung beauftragt, mit den Betrieben Alternativen für Wärmequellen im Freien zu suchen, die für langfristige Lösungen geeignet sind. Geprüft werden soll auch, inwieweit Zelte zugelassen werden können.

**Gegenstand: Sicherheit flankierende Maßnahmen Speyer-Nord;
Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 07.09.2020
[Vorlage: 0429/2020](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Durch die Fraktion wird mündliche Beantwortung gewünscht, die Einleitung erfolgt durch Frau Höchst. Sie nimmt Bezug auf die Links aus der Vorlage und den Bericht der Polizei im Land, zukünftige Aspekte der Erstaufnahmeeinrichtungen betreffend. Es werden weniger Familien und deutlich mehr allein reisende Personen erwartet, zudem eine erheblich höhere Anzahl von Ausreisepflichtigen. Es wird ein Zusammenhang zwischen Ausreisepflicht und der Motivation zu Straftaten hergestellt. Die aktuellen Ereignisse geben dieser Anfrage weitere Dringlichkeit.

Die Beantwortung erfolgt durch die zuständige Dezernentin, Frau Beigeordnete Münch-Weinmann:

Es gibt keine spezielle AG für die Erstaufnahmeeinrichtung, allerdings einen Arbeitskreis Sicherheit mit Ordnungsbehörde und Polizei, der für alle Stadtteile zuständig ist. Mitte September gab es die erste Gesprächsrunde mit dem neuen Leiter der PI Speyer, Mitte Oktober ist der nächste Termin. Zudem gibt es einen AK Jugendszene mit verschiedenen behördlichen Akteuren sowie den AfA-Beirat mit Haupt- und Ehrenamtlichen.

Dazu gehört auch der Umgang mit Müll, der im ganzen Stadtgebiet ein Problem ist. Hier erfolgt zweimal die Woche mit Bewohnern eine Straßenreinigung; dabei anfallender wilder Müll wird durch die Stadt abgeholt.

In der Nachfrage möchte Frau Höchst wissen, ob dem Stadtvorstand die Sachlage und die Einschätzung von Landesregierung und Bundesregierung zu den AfD-Anfragen bekannt war, bei dem Ruf nach Aufnahme von noch mehr Flüchtlingen aus Griechenland. Werden die Bemühungen zum Schutz der Bewohner von Einrichtung und Stadtteil Nord entsprechend verstärkt, da die bisherigen Mechanismen offenbar nicht umfänglich greifen? Frau Münch-Weinmann erklärt, dies wird in das nächste Treffen des AK Sicherheit aufgenommen.

**Gegenstand: Neubau Tierheim Speyer;
gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen CDU, Bündnis 90/
Die Grünen und SWG vom 09.09.2020
[Vorlage: 0430/2020](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

In der mündlichen Begründung erläutert Herr Dr. Wilke die sehr kritische Situation am Standort Mäuseweg. Es sei nur noch eine Frage der Zeit, wann das Veterinäramt einschreitet. Im letzten Jahr erfolgte die Vorstellung von zwei Standortvarianten im Bauausschuss. Dazu erinnert er an den noch nicht abgearbeiteten Antrag der CDU zur Hundenauslaufwiese, der auf Vorschlag der Linken mit dem Tierheim verbunden werden soll. Das Polygon-Gelände erscheint optimal geeignet für beide Nutzungen. Er erkundigt sich nach dem Vorkaufsrecht der Stadt. Nach 2 Jahren Ruhe sollte sich da etwas tun; der Zeithorizont sei zugegeben ehrgeizig, aber machbar.

Die Verwaltung arbeite laut Vorsitzender weiter, allerdings auch in vielen anderen Bereichen. Sie zeigt sich erfreut über die Unterstützung aus dem Rat, man sei auch schon mit Partnern aus dem Umland im Gespräch, welche die Einrichtung in Speyer nutzen.

Die FDP unterstützt durch Herrn Oehlmann den Prüfauftrag, hält auf dem Polygon-Gelände aber auch andere Nutzungen für denkbar.

Herr Popescu befürwortet den Antrag, auch wenn der Zeitplan ambitioniert ist. Das Polygon sei hervorragend geeignet. Der Antrag sollte, zusammen mit der Hundelaufwiese, schnellstmöglich umgesetzt werden.

Sowohl Polygon wie das Gelände am Flugplatz in Speyer Süd sind laut Herrn Ableiter hervorragend geeignete Flächen, weil keine unmittelbare Wohnbebauung vorhanden sei. Nach BGS-Auffassung müssen nicht zwingend beide Einrichtungen zusammengelegt werden. Er spricht sich dagegen aus, das Polyongelände schnellstmöglich zuzubauen. Dort sieht er eher die Hundelaufwiese, weil ein Zaun einfach zu realisieren sei. Das Tierheim gehört in einen Bereich, der leichter zu finden ist, weshalb der bisherige Standort durchaus ein schöner Platz ist.

Herr Feiniler stimmt für die SPD dem Antrag natürlich zu. Er erinnert daran, dass es bis 2015 nicht ruhig sondern stumm im Wald war. Erst seit der damaligen SPD-Beigeordneten ist das Thema auf der politischen Agenda, ähnlich wie der Friedhof. Letztes Jahr fand bereits eine Begehung statt, an der leider nur wenige Ratsmitglieder teilgenommen haben. Dabei wurde das Polyongelände als idealer Standort beurteilt. Die Verhandlungen mit der BIMA gestalten sich erfahrungsgemäß zäh und langfristig.

Herr Haupt erklärt, die AfD werde zustimmen. Früher gab es noch wenige Auflagen für eine solche Einrichtung. Es brauche aber nicht nur Geld, sondern auch helfende Hände, insbesondere von jüngeren Menschen, z.B. solchen, die sich bei Fridays-for-future engagieren.

Die Vorsitzende begrüßt auch die anwesende Vorsitzende des Tierschutzvereins. Polygon wäre das Favoritengelände, allerdings ist dort nicht nur die BIMA beteiligt, sondern auch der LBM, der schon länger beabsichtigt, von der Franz-Kirrmeier-Straße auf das Polyongelände zu wechseln; dabei habe die Landesbehörde das Vorkaufsrecht. Aus diesen Gründen wird der Antrag begrüßt, weil er einen konkreten Anstoß für Verhandlungen liefert.

Ergänzend zur Antragsformulierung sollten das Prüfergebnis und der Zeitplan nicht nur im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion besprochen, sondern auch empfehlend zur Entscheidung durch den Stadtrat vorgelegt werden. Der Zeithorizont bis Ende des Jahres kann noch nicht definitiv zugesichert werden.

Dies wird durch Herrn Dr. Wilke gerne aufgegriffen.

Beschluss:

Der Stadtrats beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat über den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion bis zum Ende des Jahres ein Konzept mit Zeitplan für den notwendigen Neubau des Tierheims Speyer und einer Hundefreilaufanlage zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Gegenstand: Realisierung einer Sitzbank an der Bushaltestelle;
Prüfantrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 14.09.2020
[Vorlage: 0433/2020](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

In der mündlichen Begründung trägt Frau Trageser-Glaser vor, dass es eigentlich ein einfaches Anliegen ist. Seit Jahren sei ärgerlich, dass dort keine Sitzfläche vorhanden ist, obwohl es in diesem Bereich in Speyer-West eine überdurchschnittlich hohe Zahl älterer Menschen gibt. Die räumliche Enge sei bekannt, sie gibt aber zu bedenken, dass man im Stehen auch Platz verbraucht.

Die Verwaltung hat laut Frau Münch-Weinmann zwar Verständnis für das Anliegen, aber das Platzproblem sei ja hinlänglich bekannt. Eine Realisierung sei evtl. hinter der Straße möglich; dort liegt aber eine private Fläche. Die Verwaltung werde Gespräche mit der Eigentümergemeinschaft wegen einer Nutzung führen. Allerdings könnte es dann Bedenken der direkten Anwohnenden geben.

Frau Dr. Mang-Schäfer unterstützt für die SWG den Antrag. Nach dem Motto: „Tue gutes und rede darüber“ sollte im Rahmen der Ausschreibung der neuen Linienbündel darüber eine Berichterstattung erfolgen, wo es derartige Probleme gibt. Laut Vorsitzender kann dann auch über die Begründung von Bushaltestellen berichtet werden.

Die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen, Frau Mitsch, erläutert, dass der Platz dort sehr eng sei, insbesondere auch für Leute, die auf Hilfsmittel angewiesen sind. Allerdings gebe es ein paar Meter weiter eine Aufweitung; dort wäre eine Haltestelle möglich, nach Möglichkeit mit Überdachung und selbstverständlich barrierefrei.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung zu prüfen, ob eine Sitzbank an der Bushaltestelle auf der gegenüberliegenden Seite der Bäckerei am Berliner Platz realisiert werden kann.

**Gegenstand: Realisierung einer E-Ladestation mit Carsharing;
Prüfantrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 14.09.2020
[Vorlage: 0434/2020](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

In der Begründung weist Herr Brandenburger darauf hin, dass keine Vorhersage möglich sei, welche alternative Antriebsart sich bei Fahrzeugen durchsetzen wird. Elektroautos sind derzeit aber auf dem Vormarsch. Die Stadtwerke sind sehr engagiert auf diesem Gebiet. Es sollte die Möglichkeit für das Angebot eines E-Carsharings dort geprüft werden.

Frau Heller begrüßt diesen sehr sinnvollen Antrag für die Grünen, weil er nicht nur in Richtung ökologische Verkehrswende geht, sondern auch soziale und demografische Aspekte berücksichtigt.

Nach Kenntnis von Herrn Oehlmann kann 1 Carsharing-Auto bis zu 10 Einzelfahrzeuge ersetzen. Er wirft daher für die FDP die Frage auf, warum man das auf den Berliner Platz beschränken will und nicht auch auf privaten Flächen solche Angebote zulassen will.

Herr Ableiter ist sehr erfreut, dass Elektromobilität endlich anerkannt wird. In Speyer-West haben sehr viele Leute keine Möglichkeit für eine eigene Ladeeinrichtung. Man sollte öffentliche Ladestationen nicht in die Randbereiche verdrängen, weshalb dieser Antrag richtig sei.

Herr Haupt thematisiert die Verschärfung der Kinderarbeit in Afrika durch die ideologisierte Verbreitung von Elektroantrieben in den Industrieländern. Es sei nicht Aufgabe der Stadt, bei dieser Haushaltslage ein solches Carsharing anzubieten. Die AfD wird E-Mobilität in dieser Form nicht zustimmen.

Herr Dr. Wilke muss auf diesen, seiner Ansicht nach, unqualifizierten Beitrag reagieren und Fakten richtig stellen. Er erinnert daran, dass die CDU die erste Fraktion war, die sich für Carsharing eingesetzt hat. Der Standort Berliner Platz sei sehr geeignet und schlüssig.

Die Vorsitzende formuliert als Beschlussvorschlag, den Begriff „ein Unternehmen“ zu löschen und stattdessen durch „die Stadtverwaltung wird in Abstimmung mit den Stadtwerken beauftragt“ zu ersetzen. Über mögliche weitere Standorte kann im Ausschuss für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit berichtet werden.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 4 Gegenstimmen: AfD-Fraktion, WG Schneider):

Die Stadtverwaltung wird in Abstimmung mit den Stadtwerken Speyer mit der Prüfung beauftragt, die geplante E-Schnell-Ladestation am Berliner Platz durch eine E-Ladestation-Carsharing zu ergänzen, bei der ein E-Auto zur Verfügung gestellt wird, welches nach dem Geschäftsmodell des Carsharing an Bürgerinnen und Bürger der Stadt Speyer vermietet wird.

**Gegenstand: Erweiterung der Thermographie;
Antrag der Stadtratsfraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen
vom 07.09.2020
[Vorlage: 0435/2020](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Keller-Mehlem rekapituliert den Zeitraum 2008 – 2010 mit dem Beschluss zu Speyer 100% regenerativ. Speyer war eine der ersten Städte in RLP, die mit Bundesmitteln gefördert, ein solches Thermographieangebot machen konnte. Der heutige Antrag will daran anknüpfen, da das Projekt seinerzeit einen überwältigenden Erfolg hatte. Sie erinnert auch an die notwendige Fortschreibung des Klimakonzepts. Die Begutachtung kann auch im Rahmen des Ausbaus der Fernwärme in SP-Nord und -West erfolgen, wenn dort Überflüge stattfinden; am besten in Zusammenarbeit mit den SWS.

Frau Münch-Weinmann beantwortet den Anfragenteil wie folgt:

1. Die thermografischen Dachaufnahmen sind als erster Anhaltspunkt geeignet, ersetzen jedoch keine detailgenaue Gebäudebetrachtung durch einen Energieberater*In. Im Regelfall kennt man die eigenen Gebäude so gut, dass man auch unabhängig davon eine Einschätzung treffen kann.

Seit 2014 umgesetzt wurden im Dachbereich folgende Maßnahmen:

- BBS Werkstattgebäude - Dachsanierung / Dachdämmung
- Burgfeldschule – Dachdämmung Sporthalle
- Feuerwache - Dachsanierung
- Kaiserdom Gymnasium- Fassaden und Dachdämmung
- Kunstpassage Rathaus – Dachdämmung
- Stadthaus – Wärmedämmung Speicher, Sanierung Dachgauben
- Zeppelinerschule – Dachsanierung/ Dachdämmung

weiter auf dem Plan stehen die Schule im Erlich und die IGS

2. Angeboten wird bisher zweimal im Monat eine kostenfreie Erstberatung in Kooperation mit der Verbraucherzentrale RLP im Rathaus. Für Bewohner*Innen des Kernstadt Nord Gebietes gibt es zudem eine kostenfreie Vor-Ort-Begehung aufgrund der Ausweisung als Stadtumbaugebiet und damit verbundenen Fördermittel für energetische Sanierungen. Insgesamt hat man mit den Kooperationspartnern und Energieberater*Innen ein sehr gutes Angebot für Energieberatungen (und thermografische Untersuchungen in Speyer).

Ursprünglich geplant war, in diesem Jahr thermografische Stadtspaziergänge (auch in Kooperation mit der Verbraucherzentrale) anzubieten. Diese fielen aufgrund der Corona Pandemie aus. Man könnte sich vorstellen, diese Stadtspaziergänge im kommenden Jahr (auch gerne mit den SWS zusammen) anzubieten. Der Auftakt könnte in Speyer Nord sein

Die Vorsitzende sieht eine Möglichkeit zur Heizperiode 2023-24. Bis dahin verfügen die SWS auch über eine eigene Drohne und Wärmebildkamera. Sie schlägt vor, das Thema im nächsten Jahr auf die Tagesordnung des Aufsichtsrates der SWS zu setzen. Berücksichtigen muss man dabei auch die (schrittweisen) Verarbeitungsmöglichkeiten der Daten. Der Ausschuss für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit kann sich im Lauf des nächsten Jahres ebenfalls damit befassen.

Die AfD-Fraktion wird laut Frau Höchst hellhörig bei dem Wort Drohne, die dann auch private Grundstücke überfliegt. Sie möchte wissen, wie man da den Datenschutz gewährleisten will. Laut Vorsitzender werden die Datenschutzbeauftragten von Stadt, SWS und Land eingebunden. Der Drohnenflug wird nur für diese Aktion zugelassen werden.

Frau Dr. Mang-Schäfer äußert sich kritisch zur Finanzierung des Ganzen. Wenn die Verwaltung konkretisieren kann, dass das nicht mit besonderen finanziellen Belastungen verbunden sein sollte, kann die SWG den Antrag mittragen.

Diesen Antrag kann man aus Sicht von Herrn Ableiter nicht genug zu loben. Der Drohneinsatz ist bei Weitem nicht mehr so teuer wie noch vor wenigen Jahren. Gerade während der Heizperiode entstehen hohe Wärmeverluste, da erlaubt insbesondere eine effektive Dachdämmung erhebliche Einsparungen. Für viele Bürger ist es sicher interessant, wenn man das eigene Objekt aus dieser Perspektive sieht.

Die Vorsitzende formuliert zur Beschlussfassung eine Beauftragung von Stadt und Stadtwerken, insbesondere für Speyer-Nord. Den Begriff „alternativ“ sollte man herausnehmen. Im Aufsichtsrat SWS und im Ausschuss für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit sollte man explizit auf das Thema eingehen. Sie empfiehlt eine schrittweise Vorgehensweise, der Stadtteil Nord kann im Zuge des Fernwärmeausbaus erfasst werden. Eine Erfassung zur reinen Datensammlung wäre viel zu kostspielig.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 3 Enthaltungen: AfD-Fraktion):

Die Verwaltung und die Stadtwerke werden beauftragt, die 2013 nicht einbezogenen Bereiche der Stadt ebenfalls thermographisch zu analysieren, die Ergebnisse den Hausbesitzerinnen und -besitzern zur Verfügung zu stellen und mögliche Fördergelder dafür zu akquirieren.

Denkbar wäre auch, bei der nächsten Überfliegung der Fernwärmeleitungen das gesamte Stadtgebiet thermographisch neu zu erfassen und mit dem Angebot einer Beratung wieder vorzustellen.

Die Thematik soll im kommenden Jahr im Aufsichtsrat der SWS und im Ausschuss für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit vertieft werden.

Gegenstand: Jahresbericht des Fahrradbeauftragten der Stadt Speyer

Der Fahrradbeauftragte der Stadt Speyer, Herr Hepper, referiert über seine Feststellungen aus dem vergangenen Jahr. Der Jahresbericht ist in Schriftform dieser Teilniederschrift als Anlage beigefügt.

In einer persönlichen Erklärung fordert er von den Ratsmitgliedern, sich Projekte vor einer Entscheidung genau anzusehen und auf Risiken und Fehler zu durchleuchten, um diese weitgehend vermeiden zu können.

Die Vorsitzende dankt Herrn Hepper für die tatkräftige Unterstützung. Sie habe sich einige Anmerkungen zu seinem Bericht gemacht, die man aufgreifen könnte. Gleichzeitig ruft sie dazu auf, den Fahrradbeauftragten auch in die Fraktionssitzungen einzuladen oder ihn auf seinen Touren zu begleiten.

Herr Dr. Wilke dankt dem „Mr. Fahrrad“ ebenfalls für sein Engagement. Hinsichtlich des angesprochenen Fahrradkonzepts möchte er wissen, welche 3 oder 4 Maßnahmen daraus für den Fahrradbeauftragten noch von besonderer Priorität sind. Genannt werden die Kreuzungen am Technik-Museum und der Rheinhäuser Straße, die Hafensstraße, der Ausbau Rützhauptstraße sowie die Landauer/Schwerdstraße.

Gegenstand: Bauvorhaben Straßenbaumaßnahme Hirschgraben
[Vorlage: 0369/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende stellt fest, dass die Entscheidung nach Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion in der letzten Ratssitzung zunächst zurückgestellt wurde und nochmals intensiv im Verkehrsausschuss diskutiert wurde. Sie weist nochmals darauf hin, dass die weitere Ausgestaltung laut Verwaltungsvorlage im Verkehrsausschuss beraten werden muss.

Frau Münch-Weinmann ergänzt hinsichtlich der Geschwindigkeitsregelungen, dass nach Recherche der Straßenverkehrsbehörde entsprechend der neuen StVO auch bei Tempo 30 km/h Fahrradschutzstreifen möglich sind, anders als ursprünglich angenommen.

Herr Dr. Moser führt aus, dass er nach ersten Bedenken festgestellt hat, dass sich die Geschwindigkeit der Autos durch die verjüngende Führung extrem reduzieren werde. Andere Kommunen haben gute Erfahrungen mit dieser Lösung. Wenn es Hassloch geht, warum sollte es dann nicht in Speyer funktionieren?

Herr Ableiter wird nicht zustimmen, weil das eigentliche Problem der Sankt-Guido-Stifts-Platz selbst ist. Die Situation wird durch den komischen Kreisel nicht verbessert. Aus seiner Sicht sind die Ampeln eine sichere Lösung für Radfahrer und Fußgänger. Er lehnt 1,1 Mio. € überflüssige Ausgaben ab, die man lieber in die Absenkung von Bordsteinkanten für Behinderte und Bushaltestellen investieren sollte.

Frau Dr. Mang-Schäfer erklärt, dass man in der SWG nicht davon überzeugt sei, für so viel Geld die beste Lösung für die Kreuzung gefunden zu haben. Die Einrichtung von Schutzstreifen bei Tempo 30 im Hirschgraben findet sie gut, ansonsten signalisiert sie Ablehnung.

Herr Czerny unterstellt eine Beschleunigung des motorisierten Individualverkehrs, die mehr Verkehr in die Innenstadt bringen werde. Deshalb sollte das Vorhaben nicht umgesetzt werden. Er bezeichnet den Plan des Büros an der Ecke Sankt-Guido-Stifts-Platz Nr. 6 als etwas verlogen, weil die räumliche Lage so nicht vorhanden sei. Eine von ihm vorbereitete Projektion wird durch die Sitzungsleitung nicht zugelassen. Er kritisiert zudem, dass 75 bis 80 m² Kreiselfläche nicht genutzt wird und stattdessen Raum für zu Fußgehende geopfert wird.

Frau Heller erklärt, es gäbe keine eindeutige Haltung der Grünen-Fraktion, weil es pro und contra für die Vorschläge gibt. Sie persönlich wünscht sich in Zukunft bei so großen Bauvorhaben, dass diese vorher im Verkehrsausschuss beraten werden. Es sollten mehrere mögliche Varianten vorgestellt werden, bevor man ein fertiges Bauvorhaben vorgelegt bekommt.

Herr Schneider zitiert den Tenor mehrerer Bürger, die das Verkehrsgeschehen als unproblematisch sehen so wie es ist. Die Kosten seien mit 1,2 Mio. € völlig überzogen, gleichzeitig gehen Parkplätze verloren.

Herr Oehlmann zitiert seitens der FDP den Zusammenhang mit dem Innenstadtzirkel, im Zusammenklang mit Bahnhofstraße und Postplatz.

Herr Feinler erläutert, man habe lange und intensiv in verschiedensten Gremien diskutiert und hofft, dass es heute zu einem Abschluss kommt. Die SPD habe Vertrauen in die Experten. Er fordert zu einem Blick nach Frankreich auf, in das „Land der Kreisel“; auch in der Auestraße funktioniert das Konzept. Mit Ampeln könnte man die Situation gleich so lassen, wie sie ist. Der Kreisel ist die bessere Lösung.

Herr Popescu erkennt eine lebendige Demokratie, auch die Linke wird heute unterschiedlich abstimmen. Er persönlich hält das Verkehrsaufkommen für ein grundsätzlich anderes als in der Auestraße. Dort wird der Autoverkehr durch Radfahrer kaum gestört. Er verweist auf unterschiedliche Einfahrtgeschwindigkeiten an unterschiedlichen Stellen und die Kosten.

Herr Czerny fordert zur Geschäftsordnung getrennte Abstimmung über Verkehrsführung und Kreisel; da dies laut Vorsitzender ein Gesamtprojekt ist, wird diese nicht zugelassen.

Die Vorsitzende kündigt mindestens 2 gemeinsame Sitzungen von Verkehrsausschuss und Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion im Jahr an.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion beschließt der Stadtrat mehrheitlich die dargestellte Planung der Straßenbaumaßnahme Hirschgraben (bei 9 Gegenstimmen: Teile SWG-Fraktion, Teile Fraktion B90/Grüne, AfD-Fraktion, Teile Fraktion Die Linke, BGS, WGS)

Die Detailplanung wird im Verkehrsausschuss vertieft beraten.

13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.09.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

Gegenstand: Sanierung des Großspielfeldes am Doppelgymnasium
[Vorlage: 0373/2020/1](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Bürgermeisterin Kabs führt aus, dass die Thematik bereits im Sportausschuss vorgestellt wurde. Die bisherige Fläche hat nicht gehalten, was man sich davon versprochen hatte. Die Wahl fiel aus 5 möglichen Varianten auf Naturrasen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Das sanierungsbedürftige Großspielfeld am Doppelgymnasium wird von Ricoten- zu einem Spielfeld mit Rasenbelag umgebaut.

**Gegenstand: Städt. Kindertagesstätte Cité de France – Errichtung eines
Kompensationsbaus mit angegliederter Frischküche**
[Vorlage: 0425/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Bürgermeisterin Kabs stellt nochmals die Historie zu dieser Kindertagesstätte dar, die als Provisorium in mehreren ehemaligen Wohnungen eingerichtet wurde. Inzwischen besteht dringender Handlungsbedarf. Der geplante Neubau versorgt mit seiner Frischküche 3 KiTas mit Essen. Dazu werden für die GEWO noch einige Wohnungen zur Vermietung frei

Herr Schneider stellt fest, dass die Maßnahme im laufenden Haushalt nicht eingeplant ist. Die Verwaltung bestätigt, dass dies er für kommendes Jahr vorgesehen wird.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, am Standort „Wittelsbacher Straße“ einen 4-gruppigen Kompensationsbau mit angegliederter Frischküche zur Versorgung der städt. Kindertagesstätte Cité de France, der städt. Kindertagesstätte Farblecks sowie der städt. Kindertagesstätte Püñktchen zu errichten.

Die Gebäude- und Betriebsträgerschaft für den Kompensationsbau einschl. der Frischküche übernimmt die Stadt Speyer.

Der Jugendhilfeausschuss ist fortlaufend über den Umsetzungsfortschritt zu unterrichten.

13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.09.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12

Gegenstand: **Öffentlicher Dienstleistungsauftrag für den Anruf-Sammel-Taxi-Verkehr der VBS**
[Vorlage: 0431/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Speyer beschließt einstimmig, den öffentlichen Dienstleistungsauftrag der Stadt Speyer zur Erbringung von öffentlichen Personenverkehrsdiensten der Linie 5960, Anruf-Sammel-Taxi-Verkehr (AST-Verkehr), an die Verkehrsbetriebe Speyer GmbH (VBS) im Wege einer Inhouse-Vergabe bis zum 31.12.2023 gemäß Anlage zu erteilen.

13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.09.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen

Umbesetzungsvorschläge liegen nicht vor.

Die Verwaltung erinnert an die erforderliche Nachbesetzung in folgenden Untergremien:

- Aufsichtsrat WES (+ 1 CDU – nur Mitglied)
- Personalausschuss (+ 1 SPD – Mitglied/Stellvertretung)
- Rechnungsprüfungsausschuss (+ 1 SPD – Mitglied/Stellvertretung)

13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.09.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 14

Gegenstand: **Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO**
[Vorlage: 0437/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.09.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 15

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Die Vorsitzende informiert über den Klimaschutztag am 10.10.2020, zu dem ein Flyer ausgelegt wurde.

Die Pandemieberichterstattung zur Corona-Lage erfolgt in der nächsten Ratssitzung.

13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.09.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16.1

Gegenstand: **Übertragung des Grundstückes Flurstücks-Nr. 4910/4, Im Ehingerwühl, der Waisenhausstiftung an die Stadt Speyer (Entsorgungsbetriebe)**

Beschluss:

Auf Empfehlung des Haupt- und Stiftungsausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig (bei 3 Enthaltungen: AfD-Fraktion):

Der Übertragung des stiftungseigenen Grundstückes Flurstücks-Nr. 4910/4 zu 9.398 qm an die Stadt Speyer (Entsorgungsbetriebe) wird zugestimmt.

13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.09.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16.2

Gegenstand: Erwerb einer Teilfläche von ca. 10.000 qm aus Flurstück-Nr. 1924/149 sowie Flurstück-Nr. 1805/1 zu 3.136 qm, Burgstraße

Beschluss:

Auf Empfehlung des Haupt- und Stiftungsausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig (bei 1 Enthaltung: BGS):

Dem Erwerb der Grundstücksflächen aus den Grundstücken Flurstücks-Nummern 1924/149 und 1805/1 zu insgesamt ca.13.136 qm wird zugestimmt.

13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.09.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16.3

Gegenstand: Verkauf des Gebäudes Else-Krieg-Straße 1 (ehem. Reithalle)

Der Stadtrat stimmt einer öffentlichen Beratung und Beschlussfassung in der kommenden Sitzung bei 2 Enthaltungen zu.

13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.09.2020



13. Sitzung des Stadtrates 24.09.2020 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!